



**G e s c h ä f t s b e r i c h t
und
L a g e b e r i c h t**

des

Versorgungswerkes

der

Zahnärztekammer Berlin

zum

Jahresabschluss 2011

Inhaltsverzeichnis

- 1. Vorwort**
- 2. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**
- 3. Die Vertreterversammlung**
- 4. Der Aufsichtsausschuss**
- 5. Der Verwaltungsausschuss**
- 6. Personalbestand**
- 7. Mitgliederbewegung**
- 8. Vermögensanlagen**
- 9. Versicherungsmathematik und Satzung**
- 10. Risiken der künftigen Entwicklung und Risikomanagement**
- 11. Ausblick**

Anlagen

- Bilanz per 31.12.2011**
- Anhang zur Bilanz**
- Gewinn- und Verlustrechnung 2011**

1. Vorwort

Krise ohne Ende oder nur Aufgaben, die gelöst werden müssen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Es wäre so ein Leichtes über die Krise zu schreiben, das passt seit Jahren und vermutlich wird das auch noch eine Weile so weitergehen. Aber was soll das für eine Krise sein? Haben wir nun eine Bankenkrise, jetzt eine Staatenkrise, bald eine Wirtschaftskrise und ist dann jede Neuwahl und Regierungsbildung eine politische Krise?

Vergessen wir das Alles einmal für einen Augenblick oder für ein paar Zeilen. Wir berichten über das Geschäftsjahr 2011. Ein Geschäftsjahr mit hoher Volatilität in den Kapitalanlagemärkten, wieder ein Jahr, in dem die sogenannten Modelle aus der Literatur überwiegend nicht funktionierten. Kurzum ein politisches Jahr und politische Börsen sind nicht vorhersehbar, dafür meistens von kurzer Dauer, was nicht heißt, dass sie sich nicht häufen können.

Wir können für dieses Jahr 2011 eine Nettorendite von 2,3 % ausweisen. Egal, wie das interpretiert wird, sind wir damit durchaus für das Umfeld des Jahres 2011 zufrieden, zumal es auch etliche institutionelle Kapitalanleger gibt, die das Jahr 2011 mit einem negativen Ergebnis abgeschlossen haben. Unser Anteil von über 60 % des Vermögens in festverzinslichen Wertpapieren bringt ebenso einen laufenden Ertrag wie der Immobilienbestand, der wieder auf über 20 % des Vermögens angewachsen ist. Dennoch darf nicht aus dem Auge verloren werden, dass in Wertpapieren Bonitätsrisiken stecken. Auch der Immobiliensektor unterliegt zyklischen Bewertungsentwicklungen.

Daher wird unser Augenmerk in der Zukunft weiter auf einer breiten Diversifikation in den Vermögensanlagen verbunden mit einem starken Augenmerk auf Sachanlagen liegen, um zuallererst das Vermögen zu sichern und darüber hinaus den Rechnungszins zu erwirtschaften. In einer Zeit, in der Bundesanleihen faktisch negativ rentieren eine durchaus sportliche Aufgabe.

Wurden wir vor einigen Jahren noch dafür gescholten, dass wir bei der Kapitalanlage über den deutschen und europäischen Tellerrand hinausgeschaut haben, wird diese Streuung heute nicht nur unterstützt sondern gefordert.

Vielleicht haben wir erst dann eine Krise in Europa wenn niemand mehr Lösungen erarbeitet und alle resignieren. Zuerst einmal haben wir in Europa und vermutlich auch in anderen Teilen der Welt Hausaufgaben zu machen und zu akzeptieren, dass nicht jede Maßnahme Jedem gefallen kann.

Egal ob die Hausaufgaben gemacht werden oder nicht, die bisherige breite Streuung der Kapitalanlagen wird helfen die Risiken für das Vermögen des VZB und damit für Ihre Anwartschaften zu mindern.

2. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz, zuletzt geändert durch das Elfte Gesetz zur Änderung des Berliner Kammergesetzes vom 17.03.2010 (GVBl. für Berlin, S. 135), und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.01.2008 die Neufassung der Satzung vom 12.12.2007 in der zum 01.01.2011 geänderten Fassung. Nach Ende des Geschäftsjahres wurde die Satzung in der Vertreterversammlung am 21. April 2012 erneut an die aktuellen Rechtsgrundlagen angepasst, diese werden zum 30.06.2012 in Kraft treten.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluss der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 23.03.2007 erneuert.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten. Da die Tierärztekammer Berlin sich nach der deutschen Wiedervereinigung für neue Mitglieder an die Tierärzteversorgung Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen hat, wurde mit Einführung der Teilrechtsfähigkeit klargestellt, dass die Tierärztekammer Berlin keine beteiligte Kammer mehr ist. Die laufenden Mitgliedschaftsverhältnisse sind davon nicht betroffen.

Mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landes Zahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 24.03.2007 erneuert.

Die jeweilige Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Berliner Kammergesetzes vom 19.06.2006 (GVBl. für Berlin, S. 570) wurde die so genannte Teilrechtsfähigkeit für berufsständische Versorgungswerke eingeführt. Somit waren die Regelungen der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes in Form der Teilrechtsfähigkeit umzusetzen.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung.

3. Die Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung ist satzungsgemäß das oberste Organ des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Der Vertreterversammlung gehörten im Berichtszeitraum an:

Vertreter Berlin:	Andreas Müller-Reichenwallner Karsten Geist Dr. Wolfgang Schmiedel Dr. Anastassios Fotiadis Dr. Arnt Gerstenberger Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan Olaf Cornehlens Gerhard Gneist
Vertreter Brandenburg:	Jürgen Herbert Dr. Eberhard Steglich Dr. Ute Jödecke
Vertreter Bremen:	Dr. Wolfgang Menke.

Am 17.02.2011 haben die Wahlen der Berliner Vertreter zur Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin für die zweite Amtsperiode stattgefunden. Die Landes-zahnärztekammer Brandenburg und die Zahnärztekammer Bremen haben ihre Vertreter zur Ver- treterversammlung im Vorfeld satzungsgemäß benannt.

Die Vertreterversammlung konstituierte sich in ihrer Sitzung am 07.05.2011 und setzt sich seit dem wie folgt zusammen:

Vertreter Berlin:	Olaf Cornehlens Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan Karsten Geist Dr. Peter E. Gutsche Winnetou Kampmann Dr. Wolfgang Kopp Dr. Wolfgang Schmiedel Dr. Lutz-Stephan Weiß
-------------------	--

Vertreter Brandenburg: Jürgen Herbert
 Dr. Ute Jödecke
 Dr. Eberhard Steglich
Vertreter Bremen: Dr. Wolfgang Menke.

4. Der Aufsichtsausschuss

Dem Aufsichtsausschuss gehörten im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender: Dr. Eckehart Schäfer, Brandenburg
stellvertretender
Vorsitzender: Dr. Jörg Meyer, Berlin
Beisitzer: Dr. Jürgen Gromball, Berlin
 Dr. Eberhard Schütte, Berlin
 Rolf Weggen, Bremen
 Dr. Franz Josef Cwiertnia, Berlin.

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 07.05.2011 wählte die Vertreterversammlung den Aufsichtsausschuss wie folgt neu:

Vorsitzender: Dr. Eckehart Schäfer, Brandenburg
stellvertretender
Vorsitzender: Dr. Jörg Meyer, Berlin
Beisitzer: Dr. Jürgen Gromball, Berlin
 Dr. Eberhard Schütte, Berlin
 Dr. Franz Josef Cwiertnia, Berlin
 Dr. Gunnar Hoops, Bremen.

Der Aufsichtsausschuss ist satzungsgemäß die Widerspruchsinstanz des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Des Weiteren obliegt dem Aufsichtsausschuss gemäß § 4 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin die Bestimmung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss und den Lagebericht und im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuss die Beschlussfassung über die Bestellung der oder des mathematischen Sachverständigen.

Für die Prüfung der Kalenderjahre 2009 bis 2012 bestimmte der Aufsichtsausschuss die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RölfsPartner, Düsseldorf.

5. Der Verwaltungsausschuss

Dem Verwaltungsausschuss gehörten im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender: Albert Essink, Berlin

stellvertretender
Vorsitzender: Dr. Ingo Rellermeier, Berlin

Beisitzer: Dr. Gunnar Hoops, Bremen

Winnetou Kampmann, Berlin

Dr. Marius Radtke, Berlin

Dr. Michael-Wolfgang Geuther, Brandenburg.

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 07.05.2011 wählte die Vertreterversammlung den Verwaltungsausschuss wie folgt neu:

Vorsitzender: Albert Essink, Berlin

stellvertretender
Vorsitzender: Dr. Ingo Rellermeier, Berlin

Beisitzer: Rolf Weggen, Bremen

Dr. Markus Roggensack, Berlin

Dr. Marius Radtke, Berlin

Dr. Michael-Wolfgang Geuther, Brandenburg.

Zum mathematischen Sachverständigen ist seit Juni 2007 bestellt:

Dipl.-Mathematiker Dr. Andreas Jurk,
Longial GmbH, Düsseldorf.

Der Verwaltungsausschuss bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

6. Personalbestand

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann, gem. § 6 der Satzung geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes bis zum 31.12.2011 dar:

Abteilung / Bereich	Mitarbeiter per 31.12.2006	Mitarbeiter per 31.12.2007	Mitarbeiter per 31.12.2008	Mitarbeiter per 31.12.2009	Mitarbeiter per 31.12.2010	Mitarbeiter per 31.12.2011
Sekretariat/ Personal- verwaltung/ Berichts- wesen	2	2	2	2	2	2
Wertpapierverwaltung	1	1	1	2	1	1
EDV/Informatik	1	1	1	1	1	1
Versicherungsmathe- matik	1	1	1	1	1	1
Mitgliederverwaltung	6	7	6	8	7	7
Finanzbuchhaltung	3	3	3	3	4	3
Immobilienverwaltung	7	7	4	1	0	0
Allgemeine Bearbei- tung, Technik	2	2	2	2	2	2
Gesamt	23	24	20	20	18	17

Die Abteilungen Mitgliederverwaltung und Finanzbuchhaltung werden durch Abteilungsleiterinnen geführt. Die Abteilungsleiterinnen führen die Abteilungen mit Umsetzung des Vieraugenprinzips in enger Zusammenarbeit mit dem Direktor, so dass der reibungslose Ablauf innerhalb der Abteilungen mit einer größtmöglichen Kompetenz gesichert wird.

Der auch Gemeinkostenstellen berücksichtigende Verwaltungskostensatz verringerte sich von 2,01 % im Vorjahr auf 1,89 % im Berichtsjahr.

7. Mitgliederbewegung

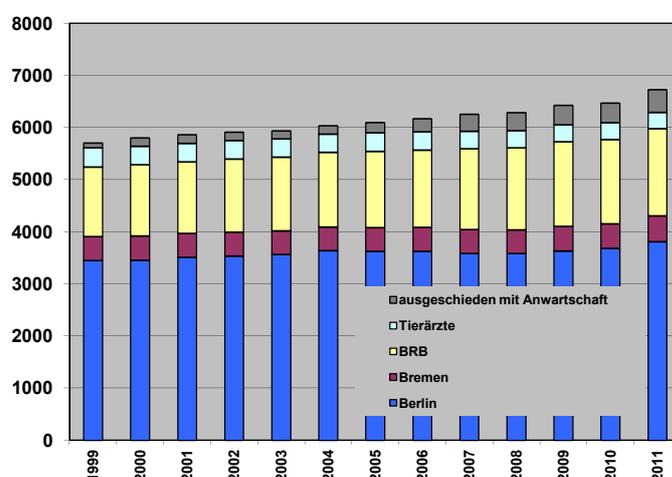
Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2011 wie folgt:

	31.12.2010	Zugang	Abgang	31.12.2011
Zahnärzte Berlin	3687	295	169	3813
Zahnärzte Bremen	477	54	37	494
Zahnärzte Brandenburg	1633	91	54	1670
Tierärzte Berlin	317	0	5	312
Ausgeschieden mit Anwartschaft	419	46	29	436
Aktive Mitglieder gesamt	6533	486	294	6725
Altersrenten	867	111	27	951
BU-Renten	121	13	22	112
Witwen-/Witwerrenten	199	18	10	207
Halbwaisenrenten	55	10	12	53
Vollwaisenrenten	1	1	0	2
Rentenempfänger gesamt	1243	153	71	1325
<u>Gesamt</u>	<u>7776</u>	<u>639</u>	<u>365</u>	<u>8050</u>

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 192, die Zahl der Rentner um 82 gestiegen. Damit liegt das VZB in den erwarteten und insbesondere versicherungsmathematischen Entwicklungen und Annahmen sowohl im Bereich der aktiven Mitglieder als auch im Bereich der neu einzuweisenden Renten.

Das Beitragsvolumen des Berichtsjahres beläuft sich auf 51,643 Mio. €. Das Beitragsvolumen entspricht in der Entwicklung dem aktuellen Satzungsstand nach der zum 01.01.2008 erfolgten Umstellung des Beitragssystems für die selbständig tätigen Mitglieder.

Mitgliederentwicklung - Aktive



8. Vermögensanlagen

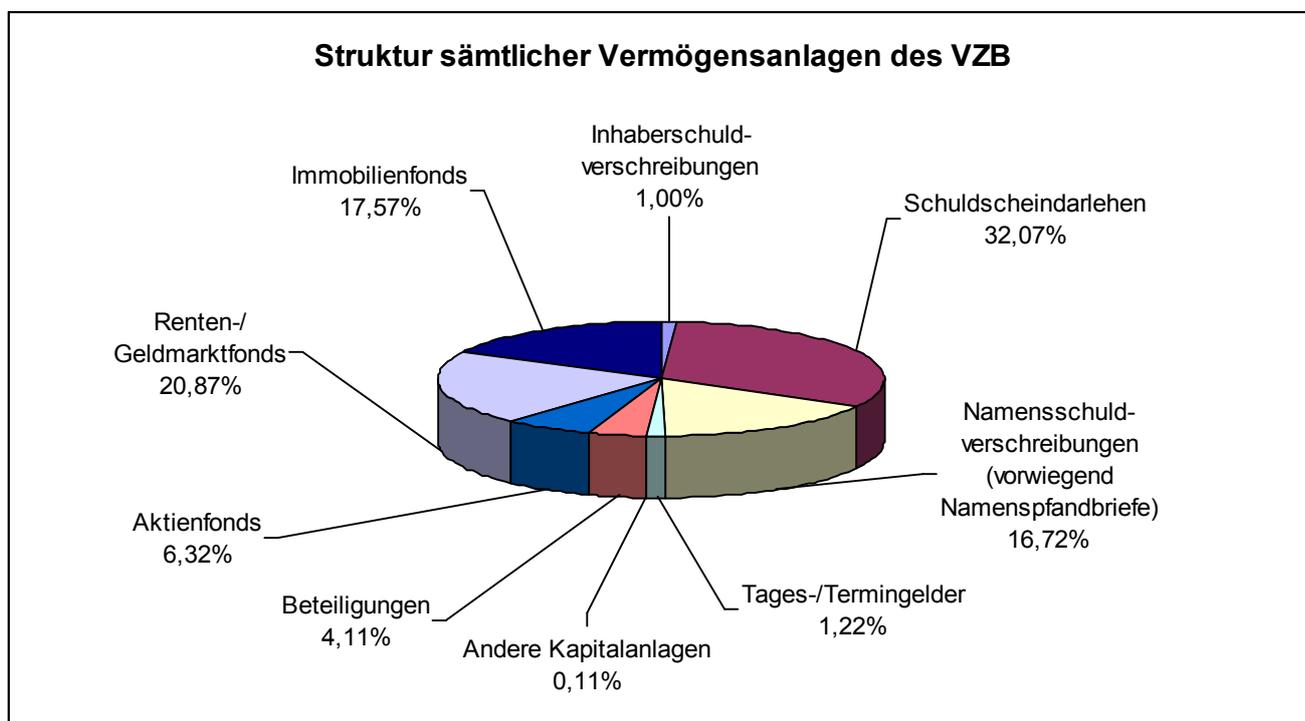
Im Berichtsjahr blieb es schwierig, bei einem vorhandenen Zinsniveau unterhalb des Rechnungszinses, den Grundstock der Vermögensanlagen des VZB, der die Erwirtschaftung des Rechnungszinses dauerhaft gewährleisten soll, weiter auszubauen. Darüber hinaus ist den Kriterien der Mischung und Streuung, insbesondere auch im Hinblick auf Emittentenrisiken, wie sie in der Vergangenheit so nicht vorhanden waren, noch stärkere Bedeutung zuzumessen als bisher. Die Thematik von steigenden Risiken in europäischen Staatsanleihen war in der Vergangenheit so nicht präsent.

Die so erfolgte Anlage der liquiden Mittel in Vorjahren in sogenannte „absolute return“ Fonds, deren Ziel es ist, durch ein internes risikoadjustiertes Investment wenigstens den vom VZB benötig-

ten Rechnungszins zu erzielen, konnte im Berichtsjahr zwar nicht wesentlich zum Ertrag beitragen, wohl aber konnten mit diesen Instrumenten Verluste in der Kapitalanlage vermieden werden. Im Berichtsjahr wurde - auch vor dem Hintergrund der schwelenden Aufgaben im europäischen Raum - verstärkt auf die Investition in Sachwerte wie Immobilien aber auch im Infrastrukturbereich gesetzt.

Die Quote der zum Grundstock der Vermögensanlagen zählenden Kapitalanlagen, wie Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen des VZB verringerte sich durch Fälligkeiten im Laufe des Berichtsjahres aufgrund fehlender Anlagemöglichkeiten unter Wahrung des Rechnungszinses, von 56,10 % per 31.12.2010 auf 49,79 % per 31.12.2011.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Struktur sämtlicher Vermögensanlagen des VZB auf Buchwertbasis zum 31.12.2011.

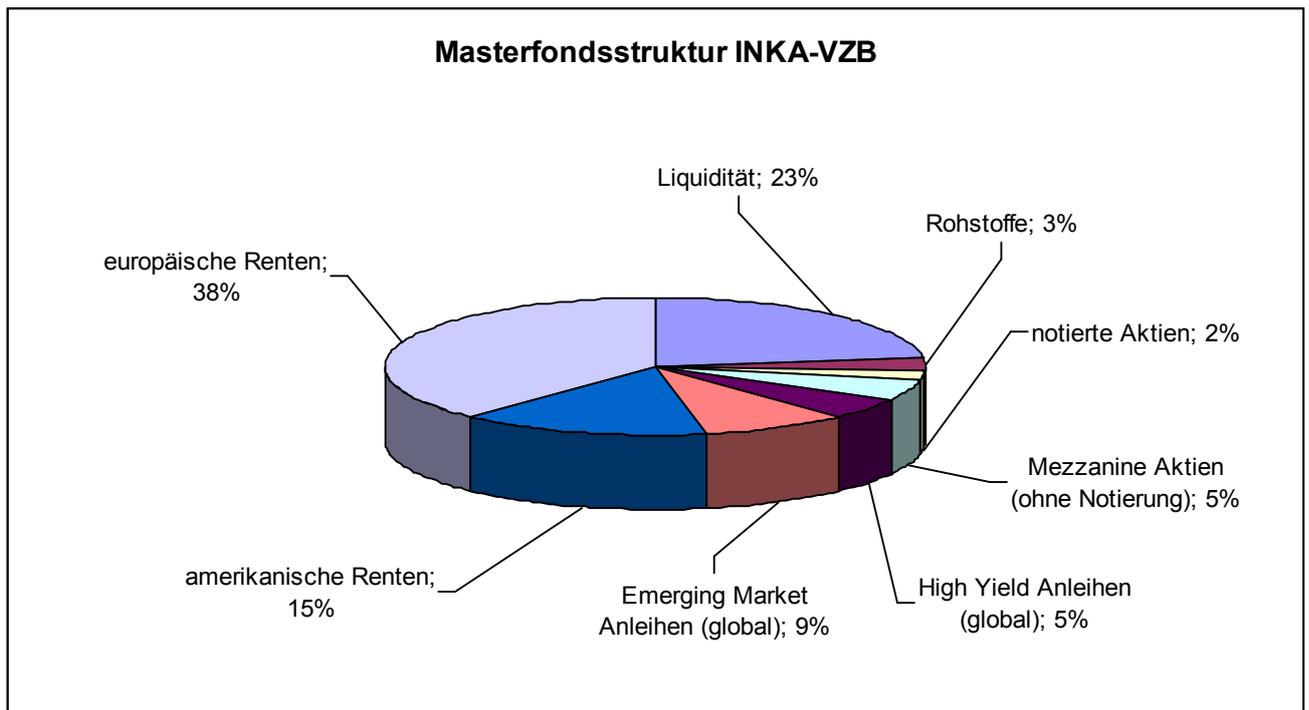


Das Anlagevolumen der in Fonds über Spezial- und Publikumsfondsmandate gehaltenen Investments veränderte sich im Berichtsjahr von 39,47 % auf 44,76 % des Vermögensbestandes.

Das Vermögen des Masterfonds, der von der Internationalen Kapitalanlagegesellschaft mbH (INKA) verwaltet wird, war – soweit man die einzelnen Spezial- und Publikumsfondsmandate bestimmten Assetklassen zuordnet – per 31.12.2011 wie nachfolgend aufgezeigt strukturiert.¹

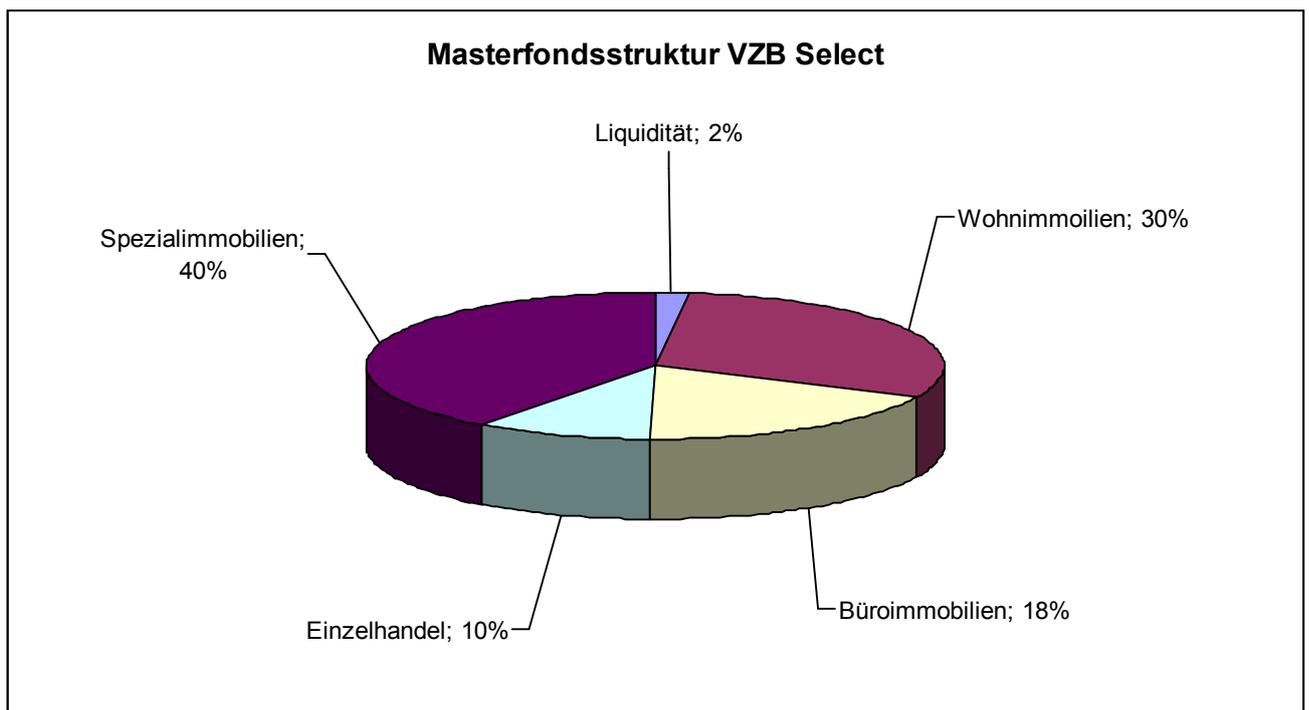
¹ Die Darstellung spiegelt die grundsätzliche Ausrichtung des Masterfonds am Jahresende 2011 wider. Das heißt, dass die den Fondsmanagern zur Abbildung einer bestimmten Assetklasse zur Verfügung gestellten und am Bilanzstichtag nicht investierten liquiden Mittel in den Subfonds in der Grafik nicht explizit als Kasse ausgewiesen wurden.

Hierbei ist anzumerken, dass sich die Quote der notierten Aktien auf Ebene des Masterfonds im gesamten Berichtsjahr auf dem nebenstehend aufgezeigten niedrigen Niveau bewegte.

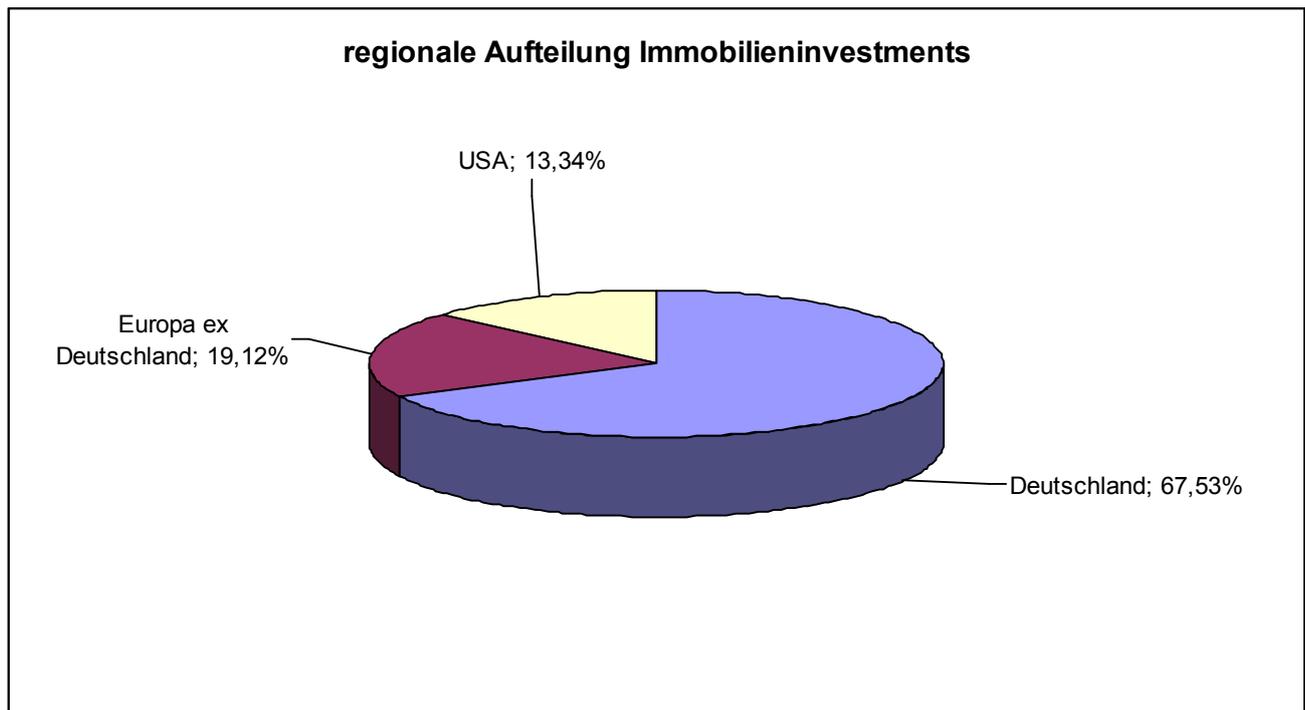


Das im Jahr 2008 im Masterfonds implementierte Overlay-Management trug weiterhin erfolgreich zur Risikominimierung bei, denn durch die professionelle Steuerung der in den Einzelinvestments vorhandenen Währungsrisiken des VZB konnten Verluste vermieden werden.

Der Immobilien-Masterfonds VZB Select, welcher von der Quantum Immobilien Kapitalanlage-gesellschaft mbH verwaltet wird, wies per 31.12.2011 folgende Struktur auf:



Die gesamten Investments des VZB in Immobilien teilen sich per 31.12.2011 regional wie folgt auf:



Für die Aufstellung der Bilanz per 31.12.2011 wurde vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB wie in den Vorjahren, mit Ausnahme von Staatsanleihen des Europeripherie- raumes bei den Wertpapieren, erneut kein Gebrauch gemacht. Wie bisher wurden die betreffenden Kapitalanlagen nach dem strengen bzw. in den genannten Einzelfällen gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

	2007	2008	2009	2010	2011
Vermögensanlagen (TEUR)	851.688	876.004	939.411	977.199	1.052.778
Davon:					
Wertpapiere	11.814	12.370	12.953	13.743	10.510
Namenspapiere	114.289	189.006	212.722	184.328	176.001
Schuldscheindarlehen	311.776	384.010	358.231	350.172	337.630
Investmentanteile & Aktien	113.918	113.762	185.535	385.768	471.347
Immobilienbestand	126.909	115.239	121.042	2.022	0
Termingelder	166.823	40.310	26.941	15.307	12.871
Andere Kapitalanlagen	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
Beteiligungen	4.959	20.107	20.787	24.659	43.219
Vermögensertrag	38.511	38.986	48.988	53.883	28.919
					0
Beiträge gesamt (TEUR)	42.571	46.833	49.862	50.476	51.643
					0
Davon:					0
Pflichtbeiträge	39.641	43.957	46.447	47.053	48.272
Freiwillige Beiträge	2.238	2.630	2.849	2.900	2.792
Überleitungen	336	246	566	523	579

Das Vermögen war daher im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 2,84 % bzw. einer Effektivverzinsung von 2,30 % angelegt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass diese Mischung der Kapitalanlagen - unter anderem durch die Einbeziehung der „absolute return“ Fonds - auch in ertragsseitig aufgrund der hohen Volatilität schwierigen Jahren, wie dem Berichtsjahr, das Erreichen des Rechnungszinses zwar nicht aber ein positives Ertragsergebnis ermöglicht hat.

9. Versicherungsmathematik und Satzung

Für die Kalenderjahre 2008 bis 2010 wurde satzungsgemäß wieder ein zusammenhängendes versicherungsmathematisches Gutachten erstellt. Die im Berichtsjahr von der Vertreterversammlung beschlossene Satzungsänderung – im Wesentlichen zur Anpassung der Versorgungsausgleichsregelungen an die geänderte Rechtssituation durch Einführung des Versorgungsausgleichsgesetzes – ist zum 01.01.2011 mit Veröffentlichung im Berliner Amtsblatt in Kraft getreten.

Für das Berichtsjahr wurde kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt.

10. Risiken der künftigen Entwicklung und Risikomanagement

Durch die Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk ist ein stetiger Zugang an Mitgliedern zu erwarten. Versicherungstechnische Risiken bestehen insbesondere in der Änderung der biometrischen Rechnungsgrundlagen (Längerlebigkeit, Invalidisierung und Tod) sowie beim Rechnungszins.

Die biometrischen Rechnungsgrundlagen werden turnusmäßig durch Risikountersuchungen im Rahmen des versicherungstechnischen Gutachtens überprüft.

In Folge der beobachtbaren Verlängerung der Lebenserwartung, insbesondere auch für Angehörige der freien Berufe wurden die Rechnungsgrundlagen zum 31.12.2007 auf die berufsständischen Richttafeln 2006 der ABV/ Heubeck (bRT 2006) überführt. Darüber hinaus wird im Rahmen der versicherungsmathematischen Berechnungen zum Verpflichtungsumfang aus Vorsichtsgründen der kalkulatorische zukünftige Neuzugang mit negativer Deckungsrückstellung nicht einbezogen.

Das Vermögen des Versorgungswerkes ist nach § 32 Abs. 2 der Satzung sowie § 3 der VersWerkVo Berlin, soweit es nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben bereitzuhalten ist, gemäß § 54 des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen anzulegen.

Den Risiken, wie Zinsänderungsrisiko, Bonitätsrisiko und Marktrisiko, wird durch die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften und der breiten Mischung und Streuung der Kapitalanlagen begegnet.

Zur Sicherstellung und weiteren Verbesserung des Risikomanagements besteht ein externes Risikocontrollingberichtswesen durch die Deutsche Apotheker- und Ärztebank, das die eigenen turnusmäßigen Berichterstattungen flankiert.

In operativer Hinsicht soll eine stringente Einhaltung des Vieraugenprinzips bei wertauslösenden Geschäftsvorfällen das Vermögen des Versorgungswerkes schützen.

11. Ausblick

„Wenn der Hahn kräht auf dem Mist ändert sich das Wetter oder es bleibt wie es ist“

...ist eine alte Bauernweisheit die jeder schon einmal gehört hat. Exakt so konkret wie diese Wettervorhersage kann jeder Ausblick sein den man derzeit geben kann.

Die Gremien des Versorgungswerkes, Vertreterversammlung, Aufsichtsausschuss und Verwaltungsausschuss, haben in den letzten Jahren entsprechend der ihnen zugewiesenen Kompetenzen richtungweisende Entscheidungen über die Satzung, Kapitalanlagen und Strukturen des Hause getroffen, welche von der Verwaltung umgesetzt werden.

Versicherungsmathematisch ist der Mitgliederbestand ordentlich erfasst, die Risiken in der Versorgung sind durchleuchtet und bewertet. Die notwendigen Rücklagen und Rückstellungen werden dotiert und der Wirtschaftsprüfer bescheinigt einen ordnungsgemäßen Ablauf.

Seitens der Gremien und der Verwaltung arbeiten wir weiter an einer Festigung des Systems und der Abläufe.

All das mag aber dahingestellt bleiben, wenn größeres Unheil über uns schwebt:

- Wer hat in Zukunft noch den Euro?
- Wer soll die Staatsschulden bezahlen?
- Wer finanziert die Erneuerung unserer Infrastruktur?
- Wer liefert mit Sicherheit noch Strom?

und und und...

All das vermögen wir genau so wenig zu beantworten wie Sie. Wir können nur darauf schauen, dass wir unser Versorgungswerk und darin insbesondere die Kapitalanlagen breit streuen, auf Sachwerte schauen und damit versuchen, Sicherheit zu schaffen.

Nur gemeinsam sind wir konstruktiv und stark.

Berlin, 20.06.2012

Albert Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses

Dr. Ingo Rellermeier
stellv. Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses

Ralf Wohltmann
Direktor

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin**

Bilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVA

	31.12.2011			31.12.2010		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
- entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.105,00			153.855,00
B. Kapitalanlagen						
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		0,00		2.022.178,49		
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		43.218.683,91				
- Beteiligungen				24.659.255,95		
III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		471.347.358,70		385.768.232,65		
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		10.510.000,00		13.742.500,00		
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	176.000.623,72			184.328.488,93		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>337.629.682,94</u>	513.630.306,66		<u>350.171.714,12</u>	534.500.203,05	
4. Einlagen bei Kreditinstituten		12.871.486,98		15.306.689,30		
5. Andere Kapitalanlagen		<u>1.200.000,00</u>		<u>1.200.000,00</u>		
		<u>1.009.559.152,34</u>	1.052.777.836,25	<u>950.517.625,00</u>		977.199.059,44
C. Forderungen						
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:						
- Versicherungsnehmer		3.986.772,73		3.948.100,79		
II. Sonstige Forderungen		<u>422.274,73</u>	4.409.047,46	<u>28.180.792,61</u>		32.128.893,40
D. Sonstige Vermögensgegenstände						
I. Sachanlagen und Vorräte		128.310,00		165.750,00		
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten		15.373.428,18		10.204.633,62		
III. Andere Vermögensgegenstände		<u>1.678.046,29</u>	17.179.784,47	<u>1.616.720,67</u>		11.987.104,29
E. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Abgrenzte Zinsen und Mieten		12.848.324,01		13.757.151,84		
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>3.144,53</u>	<u>12.851.468,54</u>	<u>2.159,56</u>		<u>13.759.311,40</u>
			<u>1.087.219.241,72</u>			<u>1.035.228.223,53</u>

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin**

Bilanz zum 31. Dezember 2011

PASSIVA

	31.12.2011		31.12.2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
- Gewinnrücklagen:				
Verlustrücklage entsprechend § 37 VAG (Sicherheitsrücklage)		24.591.048,00		24.591.048,00
B. Gesamt-Ausgleichsposten				
- Ausgleichsposten (Überschussrückstellung)		52.338.342,00		0,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung				
1.a Bruttobetrag laut versicherungsmathematischer Berechnung zum 31.12.2010	984.284.564,86		984.284.564,86	
1.b zuzüglich Zuführung aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	<u>22.556.143,59</u>		<u>0,00</u>	
	<u>1.006.840.708,45</u>		<u>984.284.564,86</u>	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.972.798,59		1.972.814,19	
III. Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	<u>443.856,41</u>	1.009.257.363,45	<u>23.000.000,00</u>	1.009.257.379,05
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	236.149,00		214.922,00	
II. Sonstige Rückstellungen	<u>393.409,82</u>	629.558,82	<u>513.676,91</u>	728.598,91
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungs- geschäft gegenüber:				
- Versicherungsnehmern	47.224,93		27.130,55	
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		0,00	
III. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>355.704,52</u>	402.929,45	<u>624.067,02</u>	651.197,57
- davon aus Steuern: EUR 25.167,11 (Vorjahr: EUR 111.276,53)				
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)				
		<u>1.087.219.241,72</u>		<u>1.035.228.223,53</u>

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011
DES
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

1. Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Das Versorgungswerk legt gemäß § 5 VersWerkVO Berlin vom 17. Januar 2008 nach den Grundsätzen für kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit Rechnung. Als lex specialis zu den allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen (§ 341 ff. HGB) werden die Vorschriften über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) angewandt.

Aufgrund satzungsmäßiger Erfordernisse wurden in Abweichung zu den Formblättern 1 und 3 der RechVersV entsprechend § 265 Abs. 1, 5 HGB Posten hinzugefügt resp. umbenannt. Dies betrifft den Gesamt-Ausgleichsposten, dem der Jahresüberschuss in den Geschäftsjahren zugewiesen wird, in denen turnusgemäß keine versicherungsmathematische Berechnung der Deckungsrückstellung vorgenommen wird.

Darüber hinaus wurden die Postenbezeichnungen des Formblattes 1 und 3 RechVersV (Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung, Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung) an die satzungsmäßigen Gegebenheiten angepasst.

Auf die Anwendung des Wertaufholungsgebotes gem. § 253 Abs. 5 HGB wurde in analoger Anwendung entsprechender Befreiungsvorschriften anderer Bundesländer verzichtet.

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 und 4 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Beteiligungen, Investmentfondsanteile, Wertpapiere und Genossenschaftsanteile sowie Einlagen bei Kreditinstituten.

Die indirekte Immobilieninvestments betreffenden Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 1 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip nach § 341 b Abs. 1 HGB bewertet.

Die Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten und anderen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 1 HGB bzw. gemäß dem strengen Niederstwertprinzip mit dem niedrigeren Kurswert zum Bilanzstichtag bewertet.

Im Berichtsjahr wurden auf Inhaberschuldverschreibungen sowie Investmentanteile Abschreibungen auf den niedrigeren Wert wegen gesunkener Zeitwerte vorgenommen.

Von der Möglichkeit der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips bei Investmentanteilen und Wertpapieren nach § 341 b Abs. 2 HGB wurde mit Ausnahme der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips bei einer Staatsanleihe des Europeripherieraumes kein Gebrauch gemacht.

Die Namensschuldverschreibungen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341 c HGB grundsätzlich in Höhe des Nennwertes bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden zu Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag angesetzt (§ 341c Abs. 3 HGB).

Schuldscheinforderungen, Darlehen und Namensschuldverschreibungen, deren Zinszahlung am Ende der Laufzeit erfolgt (so genannte Zero-Papiere), wurden abweichend mit den Anschaffungswerten zzgl. aufgelaufener Zinsen bilanziert.

Gleiches gilt für in Vorjahren über dem Barwert angesetzte Schuldscheinforderungen und Darlehen, bei denen aufgrund eines Null-Kupon-Ereignisses bis zum Laufzeitende keine Zinszahlung mehr zu erwarten ist.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder und anderen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Auf Grund der nach dem Soll-Prinzip berechneten Deckungsrückstellung sind Wertberichtigungen nicht erforderlich.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge werden seit 2008 alle pro rata temporis geschrieben. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 bis 16 Jahren.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Der gemäß § 33 Abs. 2 der Satzung zu bildenden Verlustrücklage wurde unverändert fortgeführt, da satzungsgemäß kein versicherungsmathematisches Gutachten zum 31. Dezember 2011 erstellt wurde.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden gemäß der versicherungstechnischen Bilanz zum 31. Dezember 2010 des Aktuars (DAV) und Sachverständigen (IVS) Dr. Andreas Jurk, Longial GmbH, Düsseldorf, ausgewiesen.

Als Rechnungsgrundlagen für die Ermittlung der Deckungsrückstellung dienen die „Berufständischen Richttafeln nach Klaus Heubeck / ABV“ (BRT 2006 G).

Als Finanzierungsverfahren wird ein modifiziertes Anwartschaftsdeckungsverfahren angewandt. Hierbei kann grundsätzlich ein künftiger Neuzugang in der kollektiven Äquivalenz berücksichtigt werden. In der Deckungsrückstellung wird derzeit kein künftiger Neuzugang angesetzt. Der Verwaltungskostensatz wird rechnungsmäßig mit 2,5 % der Beitragseinnahmen und 2,0 % der laufenden Renten und Rentenanwartschaften berücksichtigt.

Für die Berechnung der Deckungsrückstellung wird ein Rechnungszins von 4 % p.a. für Anwartschaften und laufende Renten, die auf Beitragszahlungen vor dem 1. Januar 2008 beruhen, zugrunde gelegt. Für Ansprüche, die durch Zahlungen nach dem 31. Dezember 2007 erworben wurden, gilt ein Rechnungszins von 3 % p.a.

Die Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung nimmt den nach Dotierung der Sicherheitsrücklage verbleibenden Überschuss auf und dient der Verbesserung von Leistungen und Anwartschaften.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten den Anspruch auf Altersvorsorge eines ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte auf Basis der Fortschreibung eines versicherungsmathematischen Gutachtens nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren mit einem Rententrend von 1,5 %. Als Rechnungsgrundlage dienten die im Juli 2005 herausgegebenen Richttafeln 2005 G der Heubeck Richttafeln GmbH, Köln, unter Anwendung eines von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen Abzinsungssatzes von 5,14 % für eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren. Aus der Umstellung auf das BilMoG resultiert ein Unterschiedsbetrag nach Art. 67 I EGHGB in Höhe von TEUR 79, der mit TEUR 5 rätierlich bis zum 31. Dezember 2024 zugeführt wird. Die Unterdeckung der Pensionsrückstellung zum Bilanzstichtag beträgt TEUR 68.

Die anderen Rückstellungen erfassen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten und sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach den Vorschriften der RechVersV gegliedert.

2. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Währungsposten

Die Beteiligungen an der Paramount Real Estate Fund III, Fund IV und Fund V GmbH & Co. KG in USD wurden zum jeweiligen Anschaffungszeitpunkt der Anteile mittels des Briefkurses in EUR umgerechnet. Die Dollar-Fremdwährungskonten sind zum Bilanzstichtag zum aktuellen Mittelkurs in EUR bewertet.

II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Kapitalanlagen

a) Grundstücke und Bauten

Das letzte im Direktbestand befindliche Objekt wurde im Geschäftsjahr in einen Immobilienfonds überführt. Hieraus ergaben sich Abgangsverluste in Höhe von TEUR 1.007.

b) Beteiligungen

Es handelt sich neben einer im Geschäftsjahr gezeichneten Beteiligung an einer inländischen Immobilienobjektgesellschaft um Beteiligungen an Immobiliengesellschaften mit Investitionsschwerpunkt in US-Immobilien-Gesellschaften sowie eine weitere inländische Objektgesellschaft. Die Dotierungszusagen hinsichtlich der US-Gesellschaften sind vollständig abgerufen.

Abschreibungen auf den als dauerhaft erreichbar eingeschätzten beizulegenden Wert waren im Geschäftsjahr 2011 nicht erforderlich (2010: TEUR 3.707).

c) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften der RechVersV. Die Namensschuldverschreibungen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, Einlagen bei Kreditinstituten sowie anderen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 4 HGB angesetzt.

Abschreibungserfordernisse für Investmentanteile wegen gesunkener Kurswerte ergaben sich nicht (2010: TEUR 423).

Der Ausweis der Aktien, Investmentanteile und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere betrifft mit TEUR 280.295 einen Wertpapierspezialfonds sowie mit TEUR 185.021 einen Immobilienspezialfonds, deren alleiniger Anteilsinhaber das Versorgungswerk ist.

Der Wertpapierspezialfonds bündelt Teilsegmente mit diversen Anlageschwerpunkten und –stilen. Schwerpunkt des Portfolios waren zum Bilanzstichtag festverzinsliche Wertpapiere. Darüber hinaus befinden sich nach regionaler Segmentierung Aktienanlagen in den Subfonds. Der Zeitwert des Spezialfonds belief sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 280.859. Mithin bestanden stille Reserven in Höhe von TEUR 564.

Im Geschäftsjahr wurden Ausschüttungen in Höhe von TEUR 24 vereinnahmt. Beschränkungen in der Möglichkeit zur täglichen Rückgabe bestehen nicht.

Der im Geschäftsjahr weiter aufgestockte Immobilienfonds ist schwerpunktmäßig in inländischen Wohn- und Geschäftsobjekten investiert, die überwiegend in Berlin und Bremen belegen sind. Darüber hinaus werden in nennenswertem Umfang Anteile an Investmentsondervermögen gehalten, die auch in europäischen Immobilienmärkten investiert sind. Der Zeitwert dieses Spezialfonds belief sich auf TEUR 185.919, so dass stille Reserven in Höhe von TEUR 898 bestanden. Ausschüttungen wurden in Höhe von TEUR 2.566 vereinnahmt. Die Möglichkeit einer kurzfristigen Rückgabe der gesamten gehaltenen Anteilscheine ist naturgemäß, wegen der damit verbundenen Erforderlichkeit kurzfristiger Objektverkäufe, eingeschränkt.

In den Fondsanlagen, Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind insgesamt stille Reserven von TEUR 53.407 (2010: TEUR 31.572) und stille Lasten von TEUR 8.938 (2010: TEUR 13.693) enthalten.

Bei den unter den Inhaberschuldverschreibungen ausgewiesenen Staatsanleihen erfolgten Abschreibungen auf den als nachhaltig eingeschränkten erzielbaren Wert in Höhe von TEUR 3.233.

Wir gehen davon aus, dass die verbleibenden stillen Lasten in Höhe von TEUR 928 auf Grund des Euro-Rettungsschirms nur temporärer Natur sind.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften der § 54 VAG i. V. m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen (AnIV) hinsichtlich der Anlageformen und -grenzen beachtet.

Die erforderliche Berichterstattung an die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung ist erfolgt.

2. Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Wertberichtigungen auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer sind auf Grund der Deckungsrückstellungsberechnung nach dem Soll-Prinzip nicht erforderlich.

Die Sonstigen Forderungen von TEUR 422 (2010: TEUR 28.181) betreffen mit TEUR 300 (2010: TEUR 300) Ausschüttungsforderungen aus dem Fondsbereich. Im Vorjahr waren hier noch Forderungen aus Immobilienverkäufen in Höhe von TEUR 27.524 enthalten.

3. Verlustrücklage

Auf Grund des 3-Jahres Turnus bei der Ermittlung der Deckungsrückstellung ist eine Dotierung erst zum 31. Dezember 2013 vorzunehmen.

4. Gesamt-Ausgleichsposten

Zum 31. Dezember 2011 wurde satzungsgemäß kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt. Deshalb war der Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 52.338 dem Ausgleichsposten (Überschussrückstellung) zuzuführen.

5. Deckungsrückstellung

Gemäß dem versicherungsmathematischen Gutachten ergibt sich für die Deckungsrückstellung folgender Überschuss des Barwerts der Leistungen über dem Barwert der Beiträge.

	<u>31.12.2011</u> TEUR	<u>31.12.2010</u> TEUR
Barwert der Leistungen	1.622.468	1.622.468
Barwert der Beiträge	<u>-645.332</u>	<u>-645.332</u>
	977.136	977.136
Zinsschwankungsreserve	<u>7.148</u>	<u>7.148</u>
	984.284	984.284
Zuführung aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	<u>22.556</u>	<u>0,00</u>
	<u>1.006.840</u>	<u>984.284</u>

Der Zuführungsbedarf zur Deckungsrückstellung ergibt sich somit mit TEUR 22.556.

6. Andere Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Versicherungsmathematiker, den Jahresabschluss, Altersteilzeit, Übergangentschädigungen sowie für mögliche Prozessrisiken und sonstige Risiken enthalten.

7. Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitsspiegel zum 31. Dezember 2011

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten von			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1-5 Jahren EUR	über 5 Jahre EUR	
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	47.224,93	47.224,93	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	27.130,55	27.130,55	0,00	0,00	0,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Sonstige Verbindlichkeiten	355.704,52	355.704,52	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	624.067,02	624.067,02	0,00	0,00	0,00
	402.929,45	402.929,45	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	651.197,57	651.197,57	0,00	0,00	0,00

8. Verdiente / gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2011 waren ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen sowie eventueller Beitragsrückzahlungen zu erfassen. Des Weiteren werden Beiträge aus Überleitungen in Höhe von TEUR 579 (2010: TEUR 523) ausgewiesen.

9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 58,76 : 41,24 (2010: 55,88 : 44,12) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der mit der Vermögensverwaltung betrauten Personen im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

III. Sonstige Pflichtangaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzanlagen des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, ergeben sich aus Abnahmeverpflichtungen für Multitranchen - Schuldscheindarlehen sowie Namenspfandbriefe und betragen insgesamt EUR 34 Mio. (2010: EUR 43 Mio.).

Aus der Beteiligung an einer Immobilien GmbH & Co. KG resultieren noch offene Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von TEUR 16.

Aus dem Kaufvertrag der VCM Golding Mezzanine SICAV II bestehen zum Bilanzstichtag weitere Einzahlungsverpflichtungen von insgesamt EUR 2,1 Mio.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB, die für die Beurteilung der Finanzanlage des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, existieren nicht.

2. Gesamthonorar der Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 a)-d) HGB beläuft sich auf TEUR 76 und betrifft mit TEUR 49 Leistungen der Abschlussprüfung sowie mit TEUR 27 sonstige Leistungen.

3. Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 18 (2010: 19) Mitarbeiter im Versorgungswerk beschäftigt.

4. Angabe zu den Unternehmensorganen

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder sowie Reisekostenerstattungen in Höhe von TEUR 248 (2010: TEUR 269) und die Mitglieder des Aufsichtsausschusses Vergütungen in Höhe von TEUR 51 (2010: TEUR 48) erhalten. Darüber hinaus wurden der Rückstellung für Übergangentschädigungen für den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses sowie dessen Stellvertreter TEUR 3 (2010: TEUR 66) zugeführt.

Berlin, den 20. Juni 2012

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Albert Essink
(Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses)

gez. Dr. Ingo Rellermeier
(stellv. Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses)

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -,
Berlin

Entwicklung der Aktivposten A. und B. (Immaterielle Vermögensgegenstände und Kapitalanlagen) im Geschäftsjahr 2011

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Zuschrei- bungen EUR	Abschrei- bungen EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
- entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	153.855,00	22.610,00	0,00	0,00	0,00	175.360,00	1.105,00
B. Kapitalanlagen							
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.022.178,49	0,00	0,00	2.006.660,49	0,00	15.518,00	0,00
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Beteiligungen	24.659.255,95	18.559.427,96	0,00	0,00	0,00	0,00	43.218.683,91
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Summe B. II.	24.659.255,95	18.559.427,96	0,00	0,00	0,00	0,00	43.218.683,91
III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	385.768.232,65	85.950.776,91	0,00	371.650,86	0,00	0,00	471.347.358,70
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.742.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.232.500,00	10.510.000,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	184.328.488,93	3.672.134,79	0,00	12.000.000,00	0,00	0,00	176.000.623,72
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	350.171.714,12	2.530.230,39	0,00	15.072.261,57	0,00	0,00	337.629.682,94
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
d) Übrige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	15.306.689,30	12.871.486,98	0,00	15.306.689,30	0,00	0,00	12.871.486,98
6. Andere Kapitalanlagen	1.200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.200.000,00
7. Summe B. III.	950.517.625,00	105.024.629,07	0,00	42.750.601,73	0,00	3.232.500,00	1.009.559.152,34
Insgesamt	977.352.914,44	123.606.667,03	0,00	44.757.262,22	0,00	3.423.378,00	1.052.778.941,25

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -,
Berlin

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen	Vorjahr	Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	0,0	0,0
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,0	0,0
3. Löhne und Gehälter	827,7	739,6
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	127,0	127,2
5. Aufwendungen für Altersversorgung	23,1	24,2
6. Aufwendungen insgesamt	977,8	891,0

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011		2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. <u>Versicherungstechnische Rechnung</u>				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
- Gebuchte Bruttobeiträge		51.642.776,41		50.476.320,63
2. Beiträge aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung		22.556.143,59		0,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	111.560,71		649.682,19	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	165.858,16		6.020.725,63	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	28.578.316,74		44.333.478,62	
c) Erträge aus Zuschreibungen	0,00		0,00	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>63.018,34</u>	28.918.753,95	<u>2.878.743,08</u>	53.882.629,52
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		<u>170.405,19</u>		<u>137.041,63</u>
		103.288.079,14		104.495.991,78
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	-21.547.444,16		-20.224.863,55	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>15,60</u>	-21.547.428,56	<u>22.675,55</u>	-20.202.188,00
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	-22.556.143,59		-142.277.312,00	
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	<u>0,00</u>	-22.556.143,59	<u>0,00</u>	-142.277.312,00
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		0,00		-23.000.000,00
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		-1.381.928,87		-1.421.529,68
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen	-1.324.526,85		-2.217.831,88	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-3.248.018,00		-7.589.548,51	
- davon außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB: EUR 3.232.500,00 (Vorjahr: EUR 5.339.602,27)				
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>-1.006.660,49</u>	<u>-5.579.205,34</u>	<u>-3.994.834,93</u>	<u>-13.802.215,32</u>
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (Übertrag)		52.223.372,78		-96.207.253,22

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011		2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (Übertrag)		52.223.372,78		-96.207.253,22
II. <u>Nichtversicherungstechnische Rechnung</u>				
1. Sonstige Erträge		126.016,22		43.931,19
2. Sonstige Aufwendungen		-11.047,00		-7.989,31
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		52.338.342,00		-96.171.311,34
4. Sonstige Steuern		0,00		0,00
5. Ausgleichsposten aus dem Vorjahr		0,00		98.171.311,34
6. Jahresüberschuss		52.338.342,00		2.000.000,00
7. Einstellungen in den Gesamt-Ausgleichsposten		-52.338.342,00		0,00
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen - in die Verlustrücklage entsprechend § 37 VAG		0,00		-2.000.000,00
9. Bilanzgewinn		0,00		0,00